

Stephan Riegger

Die zeitliche Wirkung von Urteilen des EuGH

Maßgaben des Unionsrechts und Reaktionsmöglichkeiten mitgliedstaatlicher Gerichte



Nomos

Internationales Recht der Gegenwart

herausgegeben von

Prof. Dr. Norman Weiß,
MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam
Prof. Dr. Andreas Haratsch,
FernUniversität in Hagen

Band 6

Stephan Riegger

Die zeitliche Wirkung von Urteilen des EuGH

Maßgaben des Unionsrechts und Reaktionsmöglichkeiten
mitgliedstaatlicher Gerichte



Nomos

The book processing charge was funded by the Baden-Württemberg Ministry of Science, Research and Arts in the funding programme Open Access Publishing and the Universität Konstanz.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 2020

1. Auflage 2021

© Stephan Riegger

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8101-0

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2519-4

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748925194>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/2021 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz als Dissertation angenommen; die mündliche Prüfung erfolgte am 8.12.2020. Für die Veröffentlichung konnten Rechtsprechung und Literatur punktuell noch bis Ende 2020 Berücksichtigung finden.

Ganz besonders möchte ich mich bei meinem Doktorvater Prof. Dr. Marten Breuer für die Unterstützung bedanken, die er mir auf dem gesamten Weg bis zur Veröffentlichung der Arbeit zuteilwerden ließ. Seine große Hilfsbereitschaft gerade auch in schwierigen Zeiten war für mich von unschätzbarem Wert. Ein herzlicher Dank gilt auch Prof. Dr. Philipp Reimer für die sehr zügige Erstellung des Zweitgutachtens und Prof. Dr. Daniel Thym für die Bereitschaft, den Vorsitz der mündlichen Prüfung zu übernehmen. Prof. Dr. Andreas Haratsch und Prof. Dr. Norman Weiß danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Internationales Recht der Gegenwart“. Für die getroffene Vereinbarung zur Übernahme der Kosten der Veröffentlichung danke ich der Universität Konstanz, dem Konsortium Baden-Württemberg und dem Nomos Verlag sehr.

Herzlich bedanke ich mich bei meinen ehemaligen Kolleginnen Dr. Annika Schreiber, Dr. Henrike Schulte und Elisa Stotz, die mir mit offenem Ohr und stets gutem Rat zur Seite standen. Einen herzlichen Dank möchte ich auch der Sekretärin des Lehrstuhls Christiane Richter und allen anderen Lehrstuhlangehörigen aussprechen, die ein sehr angenehmes Umfeld für die Anfertigung der Arbeit geschaffen haben.

Zutiefst dankbar bin ich meinen Eltern. Ihrer Unterstützung darf ich immer gewiss sein.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einführung	25
I. Problemaufriss und Aktualität der Fragestellung	25
II. Gedankengang der Arbeit	30
III. Begrenzung des Untersuchungsgegenstands	33
Erster Teil: Die zeitliche Dimension der Rechtsprechung des EuGH	38
A. Bindungswirkung der Auslegung als Wirkung der ausgelegten Norm	38
I. Verknüpfung mit der zeitlichen Wirkung der Auslegung	38
II. Bindungswirkung als Norm- oder Urteilstwirkung	40
1. Auslegung im Rahmen der Auslegungsvorabentscheidung	41
a) Bindungswirkung im Ausgangsverfahren	41
b) Bindungswirkung außerhalb des Ausgangsverfahrens	46
aa) Kein entscheidender Unterschied zwischen letztinstanzlichen und nicht-letztinstanzlichen Gerichten	47
bb) Hinweis in der Rechtsprechung zur Begrenzung der zeitlichen Wirkungen	50
cc) Deklaratorisches Auslegungsverständnis und Bindungswirkung	50
(1) Verhältnis von Rechtsetzung und Rechtsprechung im Unionsrecht	51
(2) Zwischenergebnis	56
dd) Kein Präjudiziensystem	56
c) Ergebnis	61
2. Auslegung im Rahmen anderer Verfahren	63
B. Der Grundsatz der ex tunc-Wirkung der Auslegung	65
I. Auslegung im Rahmen der Auslegungsvorabentscheidung	65
1. Deklaratorisches Auslegungsverständnis und ex tunc- Wirkung	66

2. Ex tunc-Wirkung der Erstauslegung und Auslegungsbefugnis mitgliedstaatlicher Gerichte	70
3. Ex tunc-Wirkung und Rechtsfortbildung	73
4. Zeitliche Wirkung der Rechtsprechungsänderung	74
a) Zulässigkeit von Rechtsprechungsänderungen	75
b) Zeitliche Wirkung der geänderten Rechtsprechung	77
II. Auslegung im Rahmen anderer Verfahren	81
C. Modifikationen der zeitlichen Wirkungen	84
I. Zuständigkeit des Gerichtshofs	85
1. Bestehen einer Zuständigkeit	86
2. Ausschließlichkeit dieser Zuständigkeit	87
3. Folgen für eine fehlende Begrenzung der ex tunc-Wirkung	89
4. Befugnis zur Prüfung von Amts wegen	92
a) Bestehen eines Antragserfordernisses in der Rechtsprechung des Gerichtshofs?	93
b) Begründung der Befugnis zur Prüfung von Amts wegen	94
c) Folgen	96
5. Anwendung des Art. 264 II AEUV?	98
a) Art. 264 II AEUV als Ausgangspunkt der Überlegungen	98
b) Analoge Anwendung auf die Ungültigkeitsvorabentscheidung	100
aa) Rechtsprechung des Gerichtshofs	100
bb) Kein Entstehen der Unterschiede	102
c) Keine analoge Anwendung auf die Auslegungsvorabentscheidung	108
d) Grundsatz der Rechtssicherheit	111
e) Vertragsverletzungsverfahren	116
6. „Art“ der Befugnis	118
7. Ergebnis	121
II. Voraussetzungen einer zeitlichen Beschränkung bei Auslegungsentscheidungen	121
1. Kumulatives Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen und die Rechtssache UNIS	123
2. Guter Glaube	128
a) Betroffene	129
b) Bezugspunkt des guten Glaubens	130
c) Objektivierter Maßstab	133

d) Scheinbare Eindeutigkeit	136
e) Bildung einer Überzeugung vom Inhalt des Unionsrechts	137
aa) Veranlassung	138
bb) Berücksichtigungsfähiges Verhalten	140
(1) Kommission	141
(a) Begründung der Beachtlichkeit von Verhalten der Kommission	141
(b) Beispiele aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs	143
(2) Mitgliedstaaten	147
(a) Fehlender Anknüpfungspunkt auf Unionsebene	148
(b) Rechtsschein der Unionsrechtskonformität nationalen Rechts?	150
(aa) Gültigkeitsvermutung für Unionsrechtsakte	151
(bb) Keine Übertragbarkeit auf mitgliedstaatliches Recht	157
(c) Beachtlichkeit von Äußerungen nationaler Gerichte zum Inhalt des Unionsrechts?	159
(d) Erforderlichkeit eines Bezugs zur Unionsebene	160
(3) Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen	161
(4) Gerichtshof	163
(a) Erstauslegung	164
(b) Rechtsprechungsänderung	165
(c) Anschein einer Rechtsprechungsänderung	167
(d) Obiter dicta	168
(e) Untätigkeit des Gerichtshofs / Schlussanträge	169
(f) Ausschluss guten Glaubens durch Rechtsprechung	170
(g) Unvorhergesehene Einschlägigkeit der Rechtsprechung	173
(5) Unionsgesetzgeber	174
(6) Sonstige Rechtsansichten	178

cc) Ergebnis	178
f) Zeitpunkt/Zeitraum des guten Glaubens	179
g) Ergebnis	180
3. Gefahr schwerwiegender Störungen	181
a) „Störungen“ als Oberbegriff	181
b) Intention des Kriteriums	183
c) Bestehen einer Gefahr	186
d) Wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen	187
e) Maßgeblichkeit der Auswirkungen auf alle Rechtsunterworfenen	191
f) Schwerwiegende Auswirkungen	194
aa) Betroffenheit von „Subsystemen“	194
bb) Relativität der Auswirkungen	196
cc) Fazit	199
g) Ermittlung der Auswirkungen	199
aa) Schwierigkeiten und Besonderheiten der Ermittlung	199
bb) Abwälzung der Lasten	201
cc) Mitgliedstaatliche Verfahrensautonomie	204
h) Kohärenz mit den übrigen Aspekten der Begrenzungsrechtsprechung	205
aa) Rückausnahme und Gefahr schwerwiegender Störungen	205
bb) Präklusion und Gefahr schwerwiegender Störungen	207
i) Ergebnis	209
4. Fragen der „Beweislast“	209
a) Feststellungslast	210
b) Anforderungen in der Rechtsprechung	211
c) Urteilsfolgenverantwortung des EuGH	215
5. Präklusion / Konnexität	216
a) Begründung und Folgen der Konnexität	217
b) „Bestimmtes Rechtsproblem“	218
c) Präklusion nur bei Auslegungsvorabentscheidungen?	220
d) Verwerfungen?	221
aa) Verhältnis zum guten Glauben	221
bb) Begrenzung der zeitlichen Wirkungen im nachfolgenden Urteil	224
(1) Keine Begrenzung auf den Zeitpunkt des späteren Urteils	224

(2) Begrenzung auf den Zeitpunkt des ersten Urteils?	225
(a) Akzessorische Beschränkungen	225
(b) Konstitutive Beschränkungen	226
(aa) Ausgangslage	226
(bb) Vergleichbarkeit mit einer Rechtsprechungsänderung?	227
(cc) Schlussfolgerung	231
e) Zurückweisung weiterer Einwände gegen das Konnexitätskriterium	232
f) Ergebnis	234
III. Voraussetzungen einer Fortwirkungsanordnung in den Unwirksamkeitsverfahren	234
1. Rechtssicherheitserwägungen im öffentlichen Interesse	237
a) Vermeidung einer Regelungslücke	237
b) Wahrung des institutionellen Gleichgewichts / Verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz	239
c) Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen	242
d) Haushaltsplan der EU	243
e) Vermeidung jeglicher Unsicherheit im völkerrechtlichen Verkehr	244
2. Rechtssicherheitserwägungen im Interesse Privater	247
3. Präklusion / Nachholbarkeit	249
4. Zusammenfassung	251
IV. Rechtsfolgen einer Begrenzung der zeitlichen Wirkungen	251
1. Auslegungsentscheidungen	252
a) Räumliche Erstreckung	252
aa) Eingehen auf mitgliedstaatliche Bedürfnisse	253
bb) Einwand: unionsweit einheitliche Maßstäbe	253
cc) Entgegenstehen des Konnexitätskriteriums	259
dd) Vergleich mit den Unwirksamkeitsverfahren	260
ee) Ergebnis	260
b) Sachliche Erstreckung	261
c) Zeitliche Erstreckung	265
aa) Tag der Urteilsverkündung	265
bb) Zukünftiger Zeitpunkt?	266
d) Persönliche Erstreckung – Rückausnahme für Rechtsbehelfsführer?	269
aa) Begriff des Rechtsbehelfsführers	270

bb) Begründungsansätze	270
(1) Effektiver Rechtsschutz	271
(2) Praktische Wirksamkeit des Vorabentscheidungsverfahrens	273
(3) Rückausnahme und Entscheidungserheblichkeit	273
cc) Andere Rechtsbehelfsführer	275
dd) Ausnahmen von der Rückausnahme?	275
(1) Rein wirtschaftliche Überlegungen	276
(2) Trittbrettfahrerproblematik	276
ee) Vergleich mit den Unwirksamkeitsentscheidungen	280
(1) Ungültigkeitsvorabentscheidung	280
(2) Nichtigkeitsklage	281
ff) Fazit	281
2. Unwirksamkeitsverfahren	282
a) „Art“ der Befugnis	282
aa) Nichtigkeitsklage	282
bb) Ungültigkeitsvorabentscheidung	284
cc) Abgrenzungen	286
b) Sachliche Erstreckung	288
c) Zeitliche Erstreckung	290
aa) Aufrechterhaltung bis zum Urteil	291
bb) Aufrechterhaltung bis zu einem zukünftigen Zeitpunkt	291
V. Überleitung	294
Zweiter Teil: Reaktionsmöglichkeiten mitgliedstaatlicher Gerichte	296
A. Einordnung der Defrenne-Rechtsprechung in den Kontext des nationalen Verfahrens	296
I. Grundsatz der Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten	297
1. Bedeutung nationaler Verfahrensmodalitäten	297
2. Schranke der Bestands- und Rechtskraft	301
3. Reaktionen mitgliedstaatlicher Gerichte als Ausfluss nationaler Verfahrensautonomie?	305
II. Eigenständige Bindungswirkung der Vornahme bzw. Ablehnung einer zeitlichen Begrenzung?	312
1. Vornahme einer zeitlichen Begrenzung	312
2. Unterbleiben einer Begrenzung	316
3. Rechtskraft und Begrenzung der zeitlichen Wirkungen	317

B. Die „Durchsetzungsdimension“	317
I. Zusammenhang zwischen Auslegung und Anwendung des Unionsrechts	318
II. Trennung von Auslegung und Durchsetzungsdimension?	320
III. Folgerungen für die Frage „nationalen Vertrauensschutzes“	326
C. Anwendungsvorrang	329
I. Stellenwert des Vorrangs im Unionsrecht und Einführung in die Problematik	329
II. Einschränkung des Vorrangs	332
III. Konturierung der Voraussetzungen und der Zuständigkeitsverteilung bei einer Suspendierung des Anwendungsvorrangs	336
1. Kein Anknüpfen an den Kollisionsbegriff	336
2. Rechtsgrundlage einer vorübergehenden Aussetzung der Verdrängungswirkung	338
3. Die Winner Wetten-Rechtsprechung	341
4. Nähere Konturierung der Voraussetzungen in der Rechtsprechung des EuGH	349
a) Die Rechtssache Inter-Environnement Wallonie und Terre wallonne	350
b) Die Rechtssache Association France Nature Environnement	354
c) Einordnung	359
aa) Taugliche Ziele	360
bb) Bestehen einer Vorlagepflicht	365
cc) Auswirkungen auf den Vorrang	372
IV. Suspendierung des Vorrangs im Hinblick auf Vertrauen in nationales Recht?	378
1. Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit der Begrenzung der ex tunc-Wirkung	378
2. Irrelevanz nationaler Vertrauensumstände	382
a) Verletzung der zeitlichen Wirkungen eines EuGH-Urteils durch „nationalen Vertrauensschutz“?	382
b) „Sperrwirkung“ der Defrenne-Rechtsprechung	384
aa) Das Urteil in der Rechtssache DI	385
bb) Abbildung im deutschen Recht	394
cc) Ergebnis	396
3. Vergleich zur Winner Wetten-Rechtsprechung	397

V. Besonderheiten bei individuellen Rechtspositionen gegenüber dem Mitgliedstaat	399
1. Defrenne-Rechtsprechung und Verwaltungsrecht	399
2. Nationales Recht als Anknüpfungspunkt für Vertrauensschutz	406
3. Ergebnis	411
VI. Begrenzung des Vorrangs durch Zulassung der Anwendung nationaler Grundrechte?	412
1. Die Taricco-Problematik	413
a) Verpflichtung zur Nichtanwendung der italienischen Verjährungsregeln	413
b) „Konkretisierung“ dieser Pflicht im „Dialog“ mit dem italienischen Verfassungsgerichtshof	416
2. Einordnung des Taricco II-Urteils in die (bisherige) Systematik des Grundrechtsschutzes	420
a) Bestimmung des Verhältnisses der Grundrechtsebenen	421
b) Anwendung des Art. 53 GRCh?	425
3. Nationaler Grundrechtsstandard als Grenze des Vorrangs?	428
4. Ergebnis	435
VII. Zusammenfassung	435
D. Mittelbar wirkendes Unionsrecht	436
I. Einführung	436
II. Unterscheidung von unmittelbar und mittelbar wirkendem Unionsrecht wegen ihrer unterschiedlichen Wirkungsweise?	439
1. Unmittelbare Geltung von Richtlinien	439
2. Vorrang von Richtlinien	444
a) Keine Hierarchie	446
b) Bedeutung der unmittelbaren Wirkung	448
c) Anklänge einer „entkoppelten“ Ausschlusswirkung	449
aa) Die Rechtssache Link Logistik N&N	450
bb) Verdrängung des verfassungsrechtlichen Prüfungsmaßstabs	454
d) Unzertrennlichkeit von Vorrang und unmittelbarer Wirkung	457
e) Ablehnung der Horizontalwirkung von Richtlinien durch den Gerichtshof	461
3. Fazit	466

III. Richtlinienkonforme Auslegung	467
1. Verpflichtung zu richtlinienkonformer Auslegung als Ausfluss des Vorrangs?	469
2. Vertrauensschutz gegen Rechtsprechung im deutschen Recht	472
a) Rechtsprechung als Anknüpfungspunkt für Vertrauensschutz	473
b) Unterschiede zwischen Erstausslegung und Rechtsprechungsänderung	477
aa) Erstausslegung	478
bb) Rechtsprechungsänderung	479
c) Zusammenfassung	485
3. Übertragung der Grundsätze des „nationalen Vertrauensschutzes“ auf die richtlinienkonforme Auslegung durch Fruchtbarmachung ihrer Grenzen?	486
a) Keine Unterscheidung zwischen einfach- und verfassungsrechtlichem Vertrauensschutz	486
b) Die Grenzen richtlinienkonformer Auslegung	487
c) Ausformung der Grenze der allgemeinen Rechtsgrundsätze in der Rechtsprechung des EuGH	490
aa) Strafrecht und umgekehrt vertikale Verhältnisse	491
bb) Vertrauensschutz und „immediate applicability“	494
cc) Beachtung der Rechtskraft	497
dd) Horizontalverhältnisse	498
d) Berücksichtigung nationaler Vertrauensumstände im Rahmen der contra legem-Grenze?	499
aa) Zuständigkeit für die Bestimmung der contra legem-Grenze	504
bb) Vertrauensschutz als Methodenregel?	507
(1) Keine Anerkennung im Impact-Urteil	507
(2) Verpflichtung zur Abänderung einer richtlinienwidrigen Rechtsprechung	510
(3) Zeitliche Dimension der Pflicht zu richtlinienkonformer Auslegung	512
cc) Vertrauensschutz als Reflex der contra legem-Grenze	518
(1) Verpflichtung auch zur Rechtsfortbildung	519
(2) Teleologische Reduktion (auf Null)	523
(3) Überspielen der Wertentscheidung des Gesetzgebers	527

(4) Zwischenfazit	528
dd) Bedeutung der Äußerungen nationaler Gerichte zur contra legem-Grenze	529
ee) Ergebnis	533
e) Berücksichtigung nationaler Vertrauensumstände im Rahmen der Grenze der allgemeinen Rechtsgrundsätze?	534
aa) Ausschluss der Berücksichtigung nationaler Vertrauensumstände im Horizontalverhältnis?	536
(1) Begrenzte Aussagekraft des Urteils in den verbundenen Rechtssachen Gutiérrez Naranjo u.a.	537
(2) Deutlicher Hinweis im Urteil in der Rechtssache DI	540
(3) Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	542
(a) Rechtssicherheit	542
(b) Vertrauensschutz	544
(c) Fazit	545
(4) Vergleichbarkeit mit den Erwägungen zum Anwendungsvorrang	546
bb) Verhältnis zu Art. 53 GRCh	548
f) Ergebnis	552
IV. Zusammenfassung	553
E. Verfassungsrechtliche Integrationsgrenzen und zeitliche Dimension der EuGH-Rechtsprechung	555
I. Einführung	556
II. Verfassungsrechtliche Grenzen des „Anwendungsvorrangs“	557
1. Vorbehalt hinreichend wirksamen Grundrechtsschutzes	559
a) Schicksal des Solange II-Vorbehalts	560
b) Ex tunc-Wirkung und Solange II-Rechtsprechung	562
c) Grundrechtsprüfung durch das Bundesverfassungsgericht	566
2. Identitäts- und Ultra-vires-Kontrolle	568
a) Identitätskontrolle	570
aa) Ex tunc-Wirkung im Lichte von Art. 1 GG und Art. 20 GG	570
(1) Menschenwürde	570
(2) Rechtsstaatsprinzip / Gewaltenteilung	574
(3) Haushaltspolitische Gesamtverantwortung / Budgetrecht des Deutschen Bundestages	577

(4) Ergebnis	579
bb) Bedeutung für die richtlinienkonforme Auslegung	580
b) Ultra-vires-Kontrolle	583
3. Ergebnis	585
 Schlussbetrachtung und Ausblick	 587
 Literaturverzeichnis	 593

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.F.	alte Fassung
AB	Administratiefrechtelijke Beslissingen
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEL	Academy of European Law
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJCL	The American Journal of Comparative Law
AJDA	L'actualité juridique. Droit administratif
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbR	Arbeitsrecht
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
B.T.R.	British Tax Review
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BB	Betriebs-Berater
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts

Abkürzungsverzeichnis

Buchst.	Buchstabe
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVwG	Bundesverwaltungsgericht (Österreich)
bzw.	beziehungsweise
C.D.E.	Cahiers de Droit Européen
C.L.J.	The Cambridge Law Journal
CMLRev.	Common Market Law Review
CR	Computer und Recht, Zeitschrift für die Praxis des Rechts der Informationstechnologie
CYELS	Cambridge Yearbook of European Legal Studies
d.h.	das heißt
DB	Der Betrieb
DEHSt	Deutsche Emissionshandelsstelle
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EG	Europäische Gemeinschaft/Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (in der Fassung des Vertrags von Amsterdam)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (in der Fassung des Vertrags von Maastricht)
EGVVG	Einführungsgesetz zum Versicherungsvertragsgesetz
ELJ	European Law Journal
ELRep.	European Law Reporter
ELRev.	European Law Review
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten

endg.	endgültig
ERCL	European Review of Contract Law
EU	Europäische Union
EuCML	Journal of European Consumer and Market Law
eucrim	The European Criminal Law Associations' Forum
EuG	Gericht (vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon: Gericht erster Instanz)
EuGH	Gerichtshof (der Europäischen Union)
EuGH-VerfO	Verfahrensordnung des Gerichtshofs
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUI	European University Institute
EuLF	The European Legal Forum
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f., ff.	folgende (Singular/Plural)
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht
Fn.	Fußnote(n)
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
GewArch	Zeitschrift für Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltungsrecht
GG	Grundgesetz
GLJ	German Law Journal
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
Hrsg.	Herausgeber

Abkürzungsverzeichnis

HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i.V.m.	in Verbindung mit
IJEL	Irish Journal of European Law
insb.	insbesondere
Intertax	International Tax Review
IR	Infrastrukturrecht
IStR	Internationales Steuerrecht
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe
IYIL	The Italian Yearbook of International Law
J.T.	Journal des tribunaux
JbArbR	Jahrbuch des Arbeitsrechts
JBl.	Juristische Blätter
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
jurisPR-ArbR	juris PraxisReport Arbeitsrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KOM	Europäische Kommission
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
lit.	litera
LMK	Lindenmaier-Möhring, Kommentierte BGH-Rechtsprechung
LSG	Landessozialgericht
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MwStR	Mehrwertsteuerrecht
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
no.	Numéro/number
Nr.	Nummer
NtEr	Nederlands tijdschrift voor Europees recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungsreport

NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OMT	Outright Monetary Transaction
OVG	Oberverwaltungsgericht
PSP	Public Sector Purchase Programme
R.A.E.	Revue des Affaires Européennes
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RCJB	Revue critique de jurisprudence belge
RdA	Recht der Arbeit
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft – Betriebs-Berater International
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache(n)
RTDEur.	Revue trimestrielle de droit européen
S.	Seite(n), Satz
SAE	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SEW	Sociaal Economische wetgeving (Tijdschrift voor Europees en economisch recht)
Slg.	Amtliche Sammlung des EuGH
SR	Soziales Recht (Wissenschaftliche Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht)
StGB	Strafgesetzbuch
StuW	Steuer und Wirtschaft
SUP	Strategische Umweltprüfung
TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u.a.	und andere/unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UR	Umsatzsteuer-Rundschau
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VbR	Zeitschrift für Verbraucherrecht

Abkürzungsverzeichnis

verb.	verbundene(n)
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WuB	Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht
YEL	Yearbook of European Law
z.B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess